

Minuten, die die Welt verändern

Ukraines Präsident Selenskyj und US-Präsident Trump streiten sich heftig vor laufenden Kameras. Warum das Gespräch entglitt

SIMON ZEISE

Das Wortgefecht zwischen dem US-Präsidenten Donald Trump, dessen Vize J.D. Vance und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj kann man schon jetzt als historisch bezeichnen. Fast 40 Minuten lang ging alles einigermaßen gut. Bis Selenskyj die wohl entscheidende Frage stellte, die Trump und dessen Vizepräsident J.D. Vance offensichtlich provozierte: „Ich spreche mit meinen Freunden in Polen, und sie sind besorgt, dass Sie sich zu sehr auf die Seite von Putin schlagen. Was sagen Sie denen“, fragte Selenskyj. Trump antwortete, er könnte durchaus Härte gegenüber Putin zeigen, dann werde es aber nie zu einem Deal kommen.

Es entspannt sich ein Wortgefecht unter den Dreien. Vance wurde aggressiver: „Glauben Sie, es ist respektvoll, in das Oval Office der Vereinigten Staaten zu kommen und die Regierung anzugreifen, die versucht, die Zerstörung Ihres Landes zu verhindern?“ Das Treffen eskalierte, die gemeinsame Pressekonferenz wurde abgesagt und Selenskyj reiste frühzeitig ab.

Trump schrieb später in seinem Onlinedienst Truth Social, Selenskyj habe den USA in ihrem „geliebten Oval Office keinerlei Respekt entgegengebracht“. Selenskyj sei „nicht zu einem Frieden bereit“, er könne „zurückkommen, wenn er bereit für den Frieden ist“.

Neuer IWF-Kredit

Selenskyj war in die Defensive geraten, nachdem Trump ihn schon vor Tagen öffentlich als Diktator bezeichnet hatte. Die Ukraine läuft unter der Trump-Regierung Gefahr, die Unterstützung ihres wichtigsten Verbündeten zu verlieren. Anfang der Woche hatten sich die beiden Regierungschefs auf ein Rohstoffabkommen geeinigt, das den USA Schürfrechte für Seltene Erden in der Ukraine überträgt. Erst daraufhin erklärte sich Trump bereit, Selenskyj in Washington zu empfangen. Am Freitagabend sollten die Verträge unterzeichnet werden, doch nach dem Krach im Weißen Haus reiste Selenskyj unverrichteter Dinge ab. Die Zukunft des Rohstoffabkommens ist ungewiss.

Trump sagte am Freitag, dass eine Waffenruhe mit Russland „ziemlich nahe“ sei. Die Ukraine werde dabei jedoch „Kompromisse“ machen müssen. Selenskyj sagte seinerseits, er wolle keine Kompromisse mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Erst am Donnerstag hatten eine amerikanische und eine russische Delegation in Istanbul über das Schicksal der Ukraine verhandelt, ohne Vertreter der Regierung in Kiew.

Selenskyj dürfte also schon einigermaßen angespannt gewesen sein, als er am Freitag in Washington eintraf. Aber statt vor den Kameras wie üblich diplomatische Gepflogenheiten walten zu lassen und zu schweigen bis die Presse verschwunden ist, sagte er in dem öffentlich ausgetragenen Streit einen Satz, der durchaus als Drohung verstanden werden konnte: „Zunächst einmal hat während des Krieges jeder Probleme, auch Sie“, sagte Selenskyj zu Trump. „Sie schlagen hier nette Lösungen vor und spüren es jetzt nicht, aber Sie werden es in Zukunft spüren.“ Daraufhin wurde er von Trump abgekanzelt, er solle nicht sagen, wie sich die USA fühlen müssten, es fehle ihm an Respekt und Dankbarkeit. Selenskyj kam in Trumps Wutanfall kaum noch zu Wort.

Selenskyj dürfte auch völlig die Fassung verloren haben, weil die USA ihm offensichtlich den Boden unter den Füßen wegziehen. Kurz nach dem Treffen von Selenskyj und Trump wurde bekannt, dass die Regierung der USA wichtige Hilfen für die Ukraine einstellt. Laut einem Bericht von NBC hat die amerikanische Behörde für internationale Entwicklung (USAID) mehrere hundert Millionen US-Dollar an Finanzhilfen auf Eis gelegt. Das Geld war für den Wiederaufbau der ukrainischen Energieversorgung vorgesehen, die durch russische Angriffe regelmäßig Zerstörungen ausgesetzt ist. Aufgrund der Angriffe auf Energieanlagen kam es in einigen Regionen der Ukraine über Nacht zu Stromausfällen. Die Systeme des Landes waren während des dreijährigen Krieges nahezu ununterbrochen beeinträchtigt.

Wurde Selenskyj im Vorfeld des Treffens mit Trump von der Nachricht überrascht? Zumindest unterstreicht die Meldung, dass die USA die Unterstützung der Ukraine massiv zurückfahren und damit Selenskyj stärker unter Druck gerät. „Dies untergräbt die Verhandlungsfähigkeiten dieser Regierung hinsichtlich eines Waffenstillstands erheblich und wäre ein Signal an Russland, dass uns die Ukraine und unsere früheren Investitionen egal sind“, sagte ein an der Ukraine-Mission beteiligter USAID-Beamter gegenüber NBC News. Der Beamte fuhr fort: „Russland führt in der Ukraine einen zweigleisigen Krieg: einen militärischen und einen wirtschaftlichen. Sie versuchen, die Wirtschaft zu zerstören, aber USAID hat eine zentrale Rolle dabei gespielt, sie widerstandsfähiger zu machen, unter anderem durch die Stärkung des Energienetzes. Wir haben der ukrainischen Regierung enorme Unterstützung gewährt, um eine makroökonomische Krise zu vermeiden.“



Minuten vor dem Eklat: Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj (l. vor dem Kamin) und US-Präsident Donald Trump (r.) im Oval Office



Abräumen: Hier sollte eigentlich der Rohstoffdeal unterschrieben werden.

Ein Beamter der Trump-Regierung sagte am Freitagabend, dass die gesamte amerikanische Hilfe für die Ukraine – einschließlich der letzten während der Biden-Regierung genehmigten und bezahlten Lieferungen von Munition und Ausrüstung – unmittelbar eingestellt werden könnte, berichtete die New York Times.

Um die laufenden Ausgaben bestreiten zu können, hat die Ukraine einen weiteren Kredit beim Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgenommen. Das Abkommen sieht Zahlungen von 400 Millionen US-Dollar (rund 385 Millionen Euro) vor. Das Arrangement wurde am Freitag vor dem Eklat im Weißen Haus in Washington bekanntgegeben.

„Selenskyj tut mir in vielerlei Hinsicht leid, denn er wurde von der Nato und den Vereinigten Staaten auf die falsche Fährte gelockt“, sagte Freeman. „Im März 2022 erreichte er unter Vermittlung der Türkei und des israelischen Ministers Naftali Bennett eine Vereinbarung mit den Russen“, erklärte er. „Diese sollte bei einem Treffen mit Putin ratifiziert werden. Doch dieses Treffen fand nie statt, und der Vertrag wurde nach einer Intervention von Boris Johnson verworfen“, sagte der frühere US-Diplomat. „Johnson sprach offensichtlich nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für die Vereinigten Staaten und die Nato.“

„Selenskyj tut mir in vielerlei Hinsicht leid, denn er wurde von der Nato und den Vereinigten Staaten auf die falsche Fährte gelockt“, sagte Freeman. „Im März 2022 erreichte er unter Vermittlung der Türkei und des israelischen Ministers Naftali Bennett eine Vereinbarung mit den Russen“, erklärte er. „Diese sollte bei einem Treffen mit Putin ratifiziert werden. Doch dieses Treffen fand nie statt, und der Vertrag wurde nach einer Intervention von Boris Johnson verworfen“, sagte der frühere US-Diplomat. „Johnson sprach offensichtlich nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für die Vereinigten Staaten und die Nato.“

Nato-Schutz und gemeinsame Verwaltung von Bodenschätzen

Vorschlag für eine mögliche Friedenslösung für das Land am Dnepr. Ein Gastbeitrag

BERND LUCKE, REINHARD MERKEL, DIRK MEYER

Im Ukrainekrieg erschüttert die Kehrtwende der USA die festgefahrene Lage. Plötzlich scheinen nur noch ukrainische Bodenschätze (unter anderem Titan, Lithium, Seltene Erden) für die USA von Interesse zu sein. Trump soll Kiew militärischen Schutz für diese Rohstoffe angeboten haben, wenn die USA Zugriff auf 50 Prozent davon erhalten. Der Schutz des übrigen ukrainischen Territoriums sei Sache der Europäer. Damit legt die US-Regierung alle bisherigen Begründungen für die Ukrainehilfe – Abwehr russischer Aggression, Wahrung des Völkerrechts, Schutz von Demokratie und Menschenrechten – kaltblütig ad acta.

Ab dieser Woche verhandeln die USA mit Russland über die Ukraine. Circa 200.000 europäische Soldaten sollen die Waffenstillstandslinie sichern – aber keine US-Streitkräfte. Für die EU ist das unannehmbar: Was, wenn Russland die EU-Truppen angreift? Dann stünden wir im Krieg mit

Russland – ohne den Schutz der Nato. Denn die Nato-Beistandspflicht gilt nur, wenn man auf eigenem Territorium angegriffen wird.

Europa muss diese Zumutung ablehnen. Doch welche Alternative hat die EU? Die bisherige Position – Unterstützung der Ukraine bis zur Rückeroberung ihres gesamten Staatsgebiets – ist unrealistisch. Trumps Plan aber ist inakzeptabel. Was dann? Die Ukraine ohne die USA verteidigen? Das hat schon mit den USA kaum funktioniert.

Einen wunden Punkt hat Trumps Vorhaben, die USA militärisch aus dem Konflikt zu ziehen: Er braucht europäische Truppen, um Russland daran zu hindern, die ganze Ukraine zu erobern. Denn das wäre auch eine Niederlage der USA – und ihre Rohstoffambitionen könnten sie begraben.

Hier muss die EU ansetzen und diese Truppen verweigern. Damit scheitert Trumps Plan. Unbedingt nötig ist dann aber eine alternative Friedenslösung; denn eine Fortsetzung des Krieges ohne Amerika ist aussichtslos. Im Folgenden prä-



Unterwegs in den Trümmern von Kramtorsk im Osten der Ukraine

sentieren wir einen Vorschlag, der ganz im Einklang mit den Prinzipien der EU steht: Wahrung des Völkerrechts, Demokratie und Selbstbestimmung für alle Ukrainer. Zudem ein Vorschlag, in dem die Bodenschätze der Ukraine ohne äußeren Zwang verwertet werden können: gemeinsam mit den USA oder mit anderen Staaten. Auch für Moskau wäre dieser Vorschlag gegenüber einer Fortsetzung des Tötens und Sterbens bei

weitem vorzugswürdig. Wir schlagen vor, dass in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten durch Volksabstimmungen ein neuer Staat entsteht – oder mehrere. Diese Staaten sollen in ihrer inneren Verfassung frei, rechtsstaatlich und demokratisch sein, in allen außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten aber der Zustimmung Russlands bedürfen. Insofern wären es Staaten mit eingeschränkter Souveränität (SES) – gleichwohl

aber Staaten, deren Bürger frei in einem demokratischen Rechtsstaat leben würden, während Trumps Plan die Menschen in den ostukrainischen Gebieten Russland überlassen und damit entrechten würde.

Russland würde sich durch eine vertraglich abgesicherte Truppenpräsenz in den SES-Staaten in seinem Bedürfnis nach militärischer Sicherheit befriedigt sehen. Umgekehrt sollte die Nato der Ukraine ihren Schutz zusichern – verbunden mit der Zusage, keine Nato-Truppen auf ukrainischem Territorium zu stationieren.

Ähnliches hatte die Nato 1990 für die frühere DDR zugesagt. Die Nato wäre von dieser Zusage aber entbunden, falls die Ukraine angegriffen oder die innere Autonomie der SES-Staaten untergraben würde. Die SES-Staaten dürfen nicht einem Schicksal wie dem Hongkongs überlassen werden, dessen innere Freiheit zuletzt von China beseitigt wurde. Die Androhung eines Einrückens der Nato in die Ukraine soll Russland davon abschrecken, ähnlich zu verfahren. Die Bodenschätze

ben. Mit der erzielten Einigung soll der für die Ukraine freigegebene Betrag auf 10,1 Milliarden US-Dollar erhöht werden. Insgesamt steht Kiew bereits mit 15,5 Milliarden US-Dollar im Rahmen eines auf eine Dauer von vier Jahren angelegten Hilfspakets beim IWF in der Kreide.

Raus aus der Nato

Der frühere hochrangige US-Diplomat Chas Freeman sagte im Gespräch mit der Berliner Zeitung: „Ich denke, dass Selenskyj bei Trump nicht sehr viel erreichen wird.“ Trump habe nie einen Hehl aus seiner Skepsis gegenüber Europa und seinem Wunsch gemacht, aus der Nato auszutreten. Er wolle die Europäer zwingen, selbst für ihre Verteidigung zu sorgen.

Der frühere Topdiplomate ist jedoch auch pessimistisch, dass die USA und Russland ein Friedensabkommen für die Ukraine aushandeln werden. „Ich glaube nicht, dass die Trump-Regierung vollständig versteht, wie viel wir – der kollektive Westen – in diesem Krieg verloren haben“, sagte Freeman.

Trump sei nicht der Meinung, dass die USA eine Verpflichtung gegenüber der Ukraine hätten. „Das bringt Europa in eine sehr merkwürdige Lage, denn in Deutschland sind mit Ausnahme des Bündnisses Sahara Wagenknecht, der Alternative für Deutschland und vielleicht der Linken alle mit einem Krieg in der Ukraine einverstanden – aber die Vereinigten Staaten sind es nicht“, sagte Freeman. Der jüngste Besuch des britischen Premierministers Keir Starmer am Donnerstag in Washington habe das Dilemma verdeutlicht. Starmer hatte erklärt, dass die Europäer in der Ukraine auf die USA angewiesen seien.

„Selenskyj tut mir in vielerlei Hinsicht leid, denn er wurde von der Nato und den Vereinigten Staaten auf die falsche Fährte gelockt“, sagte Freeman. „Im März 2022 erreichte er unter Vermittlung der Türkei und des israelischen Ministers Naftali Bennett eine Vereinbarung mit den Russen“, erklärte er. „Diese sollte bei einem Treffen mit Putin ratifiziert werden. Doch dieses Treffen fand nie statt, und der Vertrag wurde nach einer Intervention von Boris Johnson verworfen“, sagte der frühere US-Diplomat. „Johnson sprach offensichtlich nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für die Vereinigten Staaten und die Nato.“

schließlich sollten von der Ukraine und den SES-Staaten gemeinsam verwaltet und verwertet werden. Vorbild könnte hier die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sein, die 1952 die kriegswichtigen Materialien unter die Verwaltung von sechs europäischen Ländern stellte. Aus dieser gemeinsamen Verwaltung entwickelte sich letztlich die EU – ein Vorschlag also, der der EU gut zu Gesicht stünde.

Die EU darf nicht nur bejammern, dass sie nicht am Verhandlungstisch sitzt. Sie muss vor allem darlegen, dass sie eine bessere Lösung hat als die Rücksichtslosigkeit der Großmächte. Unser Vorschlag wäre eine solche Lösung.

Bernd Lucke (62) ist Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg und war 2013 maßgeblicher Mitbegründer der AfD.
Reinhard Merkel (74) war von 2012 bis 2020 Mitglied im Deutschen Ethikrat. Heute ist der Jurist Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg.
Dirk Meyer (67) ist Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hamburger Universität der Bundeswehr.